NEWSLETTER

Türkei Nachrichten

Nr. 81 - November 2026

Friedrich Ebert Stiftung

Ist die türkische Klima- und Energiepolitik bereit für die COP 31?

Mit der 31. UN-Klimakonferenz (COP 31) in Antalya rückt die Türkei als klimapolitische Akteurin in den internationalen Blick. Das Land baut Wind- und Solarenergie stark aus, hält aber zugleich an Kohle, Erdöl und Erdgas fest. Fehlende Ausstiegspläne und wirtschaftliche Interessen erschweren einen Umbau, der Emissionen senkt. Die COP-Präsidentschaft erhöht den Druck auf die Regierung, ihre Klimazusagen mit der nationalen Energiepolitik in Einklang zu bringen, bietet ihr aber zugleich eine Bühne, um internationale Legitimation für ihre gesamte Politik zu gewinnen.

Die türkische COP-Präsidentschaft

Die COP 31 findet vom 9. bis 20. November 2026 in Antalya statt. Die Türkei übernimmt die Präsidentschaft: Umweltminister Murat Kurum leitet die Konferenz, während Australiens Klimaminister Chris Bowen die Verhandlungen führt. Diese Aufgabenteilung geht auf eine Einigung der beiden Bewerberländer zurück.

Die türkische Präsidentschaft will bestehende Klimazusagen in konkrete Projekte übersetzen und dafür Finanzierung, Technologie und Investitionen mobilisieren. Leitlinien sind Dialog, Konsens und Handeln. Nationale Klimaschutzbeiträge sollen zu finanzierbaren Projektportfolios weiterentwickelt werden.

Die Aktionsagenda der türkischen COP-Präsidentschaft umfasst unter anderem Initiativen in den Bereichen saubere Energie, Elektrifizierung, „Zero Waste“ und Kreislaufwirtschaft, widerstandsfähige Städte und grüne Industrie. Dabei schlägt die COP-Präsidentschaft vor, bis 2035 den weltweiten Stromanteil am Endenergieverbrauch auf 35 Prozent zu erhöhen, den erwarteten Zuwachs des globalen Abfallaufkommens zu halbieren, die Energieintensität von Gebäuden um mindestens 25 Prozent zu senken und den Anteil im Kreislauf genutzter Materialien auf mindestens 15 Prozent zu steigern. „Zero Waste“ soll Abfälle vermeiden, Wiederverwendung und Recycling stärken und Methanemissionen verringern. Diese vorgeschlagene internationale Agenda steht allerdings im Widerspruch zur nationalen Klima- und Energiepolitik der Türkei, die weiterhin steigende Emissionen zulässt und keinen verbindlichen Kohleausstieg vorsieht.

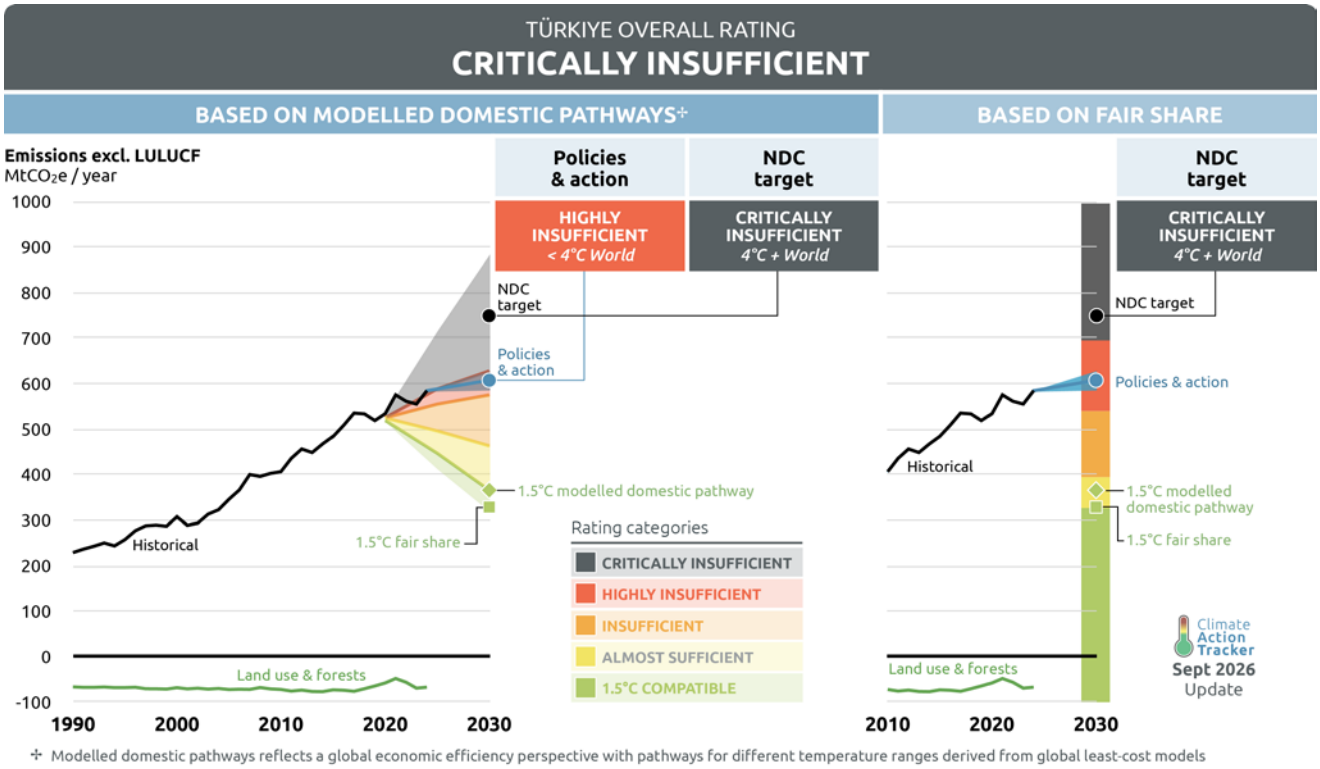


Schaubild 1: Türkiye | Climate Action Tracker

Kohle und fossile Energien bestimmen die Klimabilanz

Klimaziele erlauben weitere Emissionssteigerungen

Im Jahr 2025 war die Türkei für 1,13 Prozent (vgl. Deutschland 1,22 Prozent) der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich und lag damit auf Platz 14. Nach Schätzungen der Emissionsdatenbank EDGAR der Europäischen Kommission erreichten die Treibhausgasemissionen pro Kopf 2025 bereits 7,09 Tonnen Kohlendioxidäquivalente und lagen damit über dem Durchschnitt der 27 EU-Staaten von 7,06 Tonnen.[1]

Auch das Ziel der Türkei, bis 2053 Netto-Null-Emissionen zu erreichen, erscheint unter diesen Bedingungen wenig realistisch. Netto-Null bedeutet, dass nicht mehr Treibhausgase ausgestoßen werden, als natürliche oder technische Senken aufnehmen. Im Jahr 2024 beliefen sich die gesamten Treibhausgasemissionen auf 584,5 Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalente.[2] Diese Maßeinheit macht die unterschiedliche Klimawirkung der Treibhausgase vergleichbar, indem sie auf die Wirkung von Kohlendioxid (CO_2) umgerechnet wird. Der türkische Klimaschutzbeitrag begrenzt die Nettoemissionen für 2035 auf 643 Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalente. Dieser Zielwert berücksichtigt die Wirkung von Landnutzung und Forstwirtschaft bereits, während die genannten 584,5 Millionen Tonnen für 2024 die Bruttoemissionen bezeichnen.[3] Der Klimaschutzbeitrag enthält also kein Ziel zur absoluten Emissionssenkung. Versprochen wird lediglich, ihren Anstieg zu begrenzen. Selbst wenn diese Zusage eingehalten wird, wären in den bis 2053 verbleibenden 18 Jahren enorme Anstrengungen nötig, um Netto-Null-Emissionen zu erreichen.

Entscheidend ist dabei der Energiesektor: Er verursachte 2024 mit 419,9 Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalenten knapp 72 Prozent aller Treibhausgasemissionen. Der Kohleausstieg wäre daher ein zentraler Schritt, um die Emissionen deutlich zu senken und das Netto-Null-Ziel erreichbar zu machen. Dafür fehlt bislang ein verbindlicher Zeitplan zur Stilllegung der Kohlekraftwerke.

Der Climate Action Tracker (CAT), der die Klimaschutzmaßnahmen der Regierungen verfolgt und an den Zielen des Pariser Klimaabkommens misst, bewertet die Türkei insgesamt als „völlig unzureichend". Würden alle Länder einen Klimaschutzbeitrag wie die Türkei vorlegen, drohte dem Planeten eine Erwärmung um mehr als vier Grad. Die bereits umgesetzten Maßnahmen bewertet er eine Stufe besser, aber ebenfalls als unzureichend.[4]

1 Europäische Kommission, EDGAR: GHG Emissions of All World Countries – 2026 Report
2 TÜİK: Sera Gazı Emisyon İstatistikleri, 1990–2024 , 27.3.2026.
3 Climate Action Tracker: https://climateactiontracker.org/countries/turkey/targets/
4 Climate Action Tracker: https://climateactiontracker.org/countries/turkey/targets/



Protest gegen Rodungen für den Kohleabbau: Zwei Frauen umarmen einen Baum im Wald von Akbelen im Westen der Türkei. 31.07.2023

Neue Kohleprojekte und fehlender Ausstiegsplan

Zwei der größten Kohlekraftwerke der Türkei stehen in der Provinz Kahramanmaraş im Süden der Türkei. Das Kraftwerk Afşin-Elbistan A hat eine Leistung von 1.355 Megawatt, das Kraftwerk B von 1.440 Megawatt. Über Jahre war geplant, dort weitere Kohlekraftwerke zu errichten. Durch Finanzierungsprobleme, den Einfluss der Bewegung für einen Kohleausstieg angesichts der Klimakrise, den Widerstand der örtlichen Bevölkerung und den Ausbau erneuerbarer Energien wurden viele dieser Pläne jedoch vorerst auf Eis gelegt.[5]

Weiterhin geplant ist die Erweiterung des privatisierten Kohlekraftwerks Afşin-Elbistan A um zwei Blöcke mit insgesamt 688 Megawatt. Greenpeace, Anwohner:innen und weitere lokale Akteur:innen klagten gegen den positiven Bescheid zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Im Juli 2026 hob ein Verwaltungsgericht den Bescheid auf. Das Ministerium legte dagegen Rechtsmittel ein und verteidigte so den geplanten Ausbau. Das Rechtsmittelschreiben des Ministeriums im Fall Afşin-Elbistan trug das Logo der COP-31-Präsidentschaft.[6]

Auch im Jahr ihrer COP-Präsidentschaft hält die Türkei an fossilen Energieträgern fest. In zahlreichen Provinzen genehmigten die Behörden die Suche nach Erdgas und Erdöl.

Im Wald von Akbelen im Südwesten des Landes wird Kohle für die Kraftwerke Yeniköy und Kemerköy abgebaut. Wegen ihres Alters, ihrer Lage in einer bedeutenden Tourismus- und Agrarregion und der schrumpfenden Kohlevorkommen würden diese Anlagen bei einem Kohleausstiegsplan womöglich zu den ersten gehören, die stillgelegt würden. Heute sind sie dagegen der Hauptgrund für den international bekannten Widerstand in Akbelen. Für die Erschließung neuer Kohlevorkommen müssen der Wald von Akbelen und die Olivenhaine zerstört werden, von denen die Dorfbewohner:innen leben.[7]

Importabhängigkeit und hohe Folgekosten

Kohlekraftwerke deckten 2025 rund 34 Prozent der türkischen Stromerzeugung. Rund 22 Prozent der gesamten Stromerzeugung entfielen dabei auf Kraftwerke, die mit Importkohle betrieben werden.[8] 2010 hatte der Anteil der Importkohle an der Stromerzeugung noch unter zehn Prozent gelegen.[9]

5 HEAL: Chronic Coal Pollution Turkey

6 Greenpeace Türkiye: Mahkeme'nin Termik Santralde Ek Ünite İptaline Bakanlık'tan ve Şirketten İtiraz, 4.8.2026.

7 İklim Ağı: 2025 İklim Karnesi, veröffentlicht bei Greenpeace Türkiye, 6.1.2026.

8 Ember: Türkiye Electricity Review 2026.

9 Ember: Türkiye Electricity Review 2024.

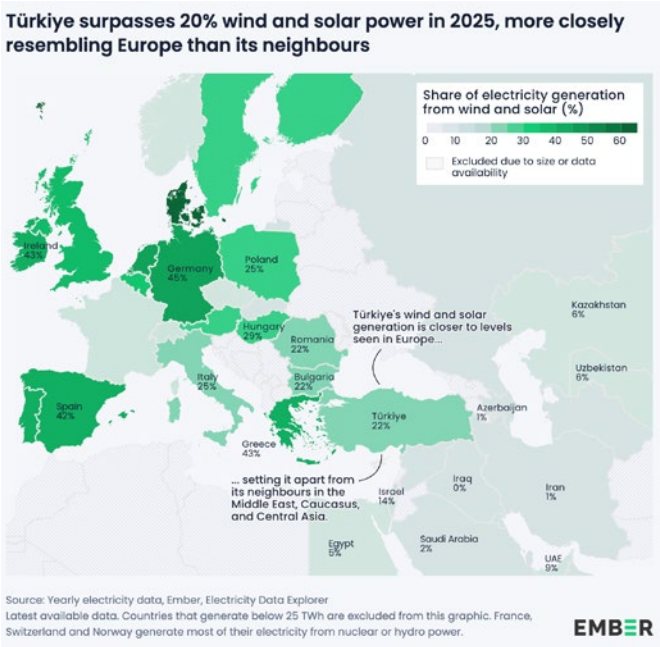


Schaubild 2: ember-energy.org [EN] TER_2026

Die Kohle kommt vor allem aus Russland und Kolumbien.[10] Dass die Türkei Kohle importiert, obwohl sie über eigene Vorkommen verfügt, erklärt sich auch durch die Struktur ihres Kraftwerksparks: Importkohlekraftwerke sind auf die Nutzung eingeführter Steinkohle ausgelegt, während die heimischen Vorkommen überwiegend aus Braunkohle bestehen. Zugleich schrumpfen wichtige Absatzmärkte in Europa, weil zahlreiche Länder aus der Kohleverstromung aussteigen. Seit 2022 verbietet die EU zudem die Einfuhr russischer Kohle. Die Türkei hat sich dagegen zu einem wichtigen Absatzmarkt entwickelt. Eine unklare Klimapolitik, das Ausblenden der Luftverschmutzung und Schlagworte wie „heimische Kohle“ und „saubere Kohle“ haben diese Entwicklung begünstigt. Mit der wachsenden Zahl von Importkohlekraftwerken ist die Türkei auch bei der Kohle in erheblichem Maße vom Ausland abhängig geworden.

Hinzu kommen erhebliche Gesundheitsfolgen. Die Allianz für Gesundheit und Umwelt (Health and Environment Alliance, HEAL) schätzte die volkswirtschaftlichen Kosten der durch Kohlekraftwerke verursachten Gesundheitsschäden in der Türkei für 2019 auf 2,86 bis 5,88 Milliarden Euro.[11] Ein Kohleausstieg könnte somit Emissionen, Luftverschmutzung und Importabhängigkeit zugleich verringern. Umweltorganisationen wie Greenpeace fordern die Regierung deshalb im Vorfeld der COP 31 auf, einen verbindlichen und sozial gerechten Kohleausstieg einzuleiten.[12]

Der Verkehr bleibt auf die Straße ausgerichtet

Auch im Verkehrssektor hält die Regierung an fossilen Energieträgern fest. In der Türkei wurden 2023 insgesamt 90,9 Prozent des inländischen Personenverkehrs und 90,6 Prozent des Güterverkehrs auf der Straße abgewickelt. Der Umstieg auf Elektrofahrzeuge und die Verlagerung des überregionalen Güter- und Personenverkehrs auf die Schiene erscheinen für eine Emissionsminderung unverzichtbar.

Der Anteil des Luftverkehrs am Personenverkehr stieg von 1,8 Prozent im Jahr 2000 auf 6,8 Prozent im Jahr 2023. Die Auslastung der Kapazitäten im Schienengüterverkehr sank dagegen von 75 Prozent 2013 auf 51 Prozent 2021.[13]

Erneuerbare Energien gewinnen deutlich an Gewicht

Starker Ausbau von Wind und Sonne

Beim Ausbau erneuerbarer Energien hat die Türkei deutliche Fortschritte erzielt. Die installierte Leistung von Wind- und Solaranlagen hat sich zwischen 2021 und Anfang 2026 mehr als verdoppelt: von 18.423 auf 40.689 Megawatt. Bis 2035 will die Regierung 120.000 Megawatt erreichen. Staatliche Ausschreibungen für neue Wind- und Solarparks sowie der Ausbau der Übertragungsnetze sollen diesen Kapazitätszuwachs unterstützen. Im Jahr 2025 deckten erneuerbare Energien rund 44 Prozent der Stromerzeugung; etwa die Hälfte davon entfiel auf Wind- und Solarenergie. Damit sind erneuerbare Energien bereits eine tragende Säule der Stromversorgung. Ihr weiterer Ausbau bietet die Chance, fossile Energieträger zu ersetzen und die Importabhängigkeit zu verringern.[14]

Netze und Speicher müssen mitwachsen

Für die Energiewende kommt es darauf an, diesen Ausbau mit dem Strombedarf, dem Netz und der Stilllegung fossiler Kraftwerke abzustimmen. Der installierten Leistung aller Kraftwerke von 127.000 Megawatt steht eine bisherige Höchstlast von 60.000 Megawatt gegenüber, also der höchste gleichzeitig gemessene Strombedarf.[15] Daraus lässt sich allerdings kein entsprechender Überschuss ableiten, denn Wind- und Solaranlagen liefern wetterabhängig und stehen nicht jederzeit mit voller Leistung zur Verfügung.

10 Weltbank, WITS: Turkey – Bituminous Coal Imports by Country, 2024.
11 HEAL: Chronic Coal Pollution Turkey.
12 Greenpeace Türkiye: Türkiye'de Kömürün Gizli Maliyeti.
13 Umweltministerium: Ulaştırma Türlerine Göre Taşınan Yolcu ve Yük Miktarı.
14 Energieministerium: Yenilenebilirde Sessiz Devrim.
15 TEİAŞ: Täglicher Betriebsbericht, 31.10.2026.

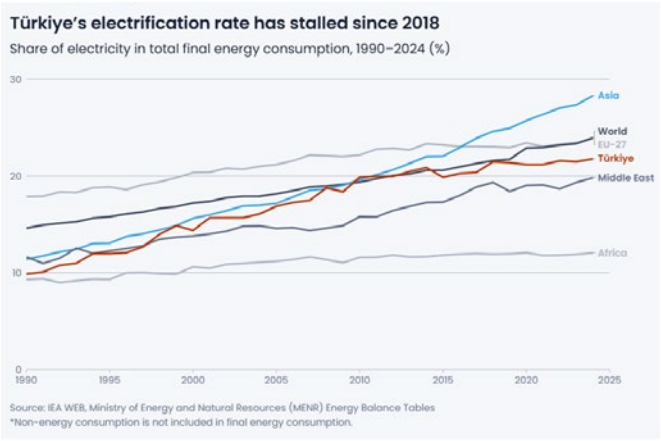


Schaubild 3: Türkiye could electrify 85% of its energy use | Ember

Hinzu kommen vorläufig genehmigte Speicherprojekte mit einer Leistung von insgesamt 33.000 Megawatt. Wie viel Energie sie speichern können, ist damit noch nicht gesagt. Speicher, Wasserkraftwerke mit Stauseen sowie Biomasse und Geothermie können helfen, Schwankungen auszugleichen. Ergänzend lässt sich der Verbrauch zeitlich verschieben und durch mehr Effizienz senken. Ohne eine solche Abstimmung besteht die Gefahr, zusätzliche Kraftwerkskapazitäten aufzubauen, während die vorhandenen fossilen Anlagen weiterlaufen. Ziel müsste sein, mit erneuerbaren Energien fossile Stromerzeugung zu ersetzen.

Eine stärkere Elektrifizierung des Verkehrs kann der türkischen Autoindustrie neue Absatzmöglichkeiten eröffnen. Wie stark dadurch die Emissionen sinken, hängt wesentlich vom Strommix ab. Bleibt dieser stark von fossilen Energieträgern geprägt, wird das Klimaschutzpotenzial von Elektrofahrzeugen begrenzt.

Wirtschaftliche Chancen und faire Bedingungen

Ein weiterer Irrtum ist die Annahme, erneuerbare Energien seien teuer.

Nach Berechnungen der Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA) können selbst Kombinationen aus erneuerbaren Energien und Speichern an günstigen Standorten eine kontinuierliche Stromversorgung preiswerter bereitstellen als neue Kohle- oder Gaskraftwerke.[16]

Von den 28.719 Megawatt installierter Solarleistung in der Türkei im Oktober 2026 entfallen zwar 25.595 Megawatt auf Anlagen, die keine Stromerzeugungslizenz benötigen. Anlagen, die keine Stromerzeugungslizenz benötigen, sind nicht automatisch kleine private Dachanlagen. Der Ausbau der Solarenergie wird von kleinen und großen Kraftwerken, Fabriken sowie Investitionen mittlerer und großer Unternehmen getragen. Bei privaten Endverbraucher:innen, etwa auf den Dächern von Mehrfamilienhäusern, gibt es nur wenige Beispiele. Energiegenossenschaften werden ausgebremst. Die Bürokratie ist zermürbend. Während sich Balkonkraftwerke weltweit verbreiten, schaut die Türkei zu.

Politische Interessen prägen den Umbau

Privatisierung und wirtschaftliche Beharrungskräfte

Warum die Türkei weiterhin auf fossile Energieträger setzt, lässt sich auch aus den energiepolitischen Weichenstellungen der vergangenen zwei Jahrzehnte erklären. Seit den frühen 2000er Jahren stand die Privatisierung des Energiesektors im Mittelpunkt. Nach 2010 wurden fossile Energieträger und vor allem Kohle unter dem Schlagwort „heimische und nationale Energie“ gefördert. Mit dem Strategiepapier des Hohen Planungsrats zur Reform und Privatisierung des Stromsektors von 2004 wurde die Privatisierung im gesamten Sektor vorangetrieben. Die Regierung versprach eine sichere Energieversorgung, die Modernisierung und den Ausbau ohne Belastung der öffentlichen Hand und eine höhere Effizienz. Das Strategiepapier zum Strommarkt und zur Versorgungssicherheit von 2009 zielte insbesondere auf die Privatisierung der Stromverteilung. Das Papier verlangte zudem, den Klimawandel und die Umweltauswirkungen bei sämtlichen Tätigkeiten im gesamten Sektor zu berücksichtigen. Die unter Energieminister Berat Albayrak in den Vordergrund gerückte Nationale Energie- und Bergbaupolitik wurde unter dem Motto „Unsere Kohle, unsere Energie“ vorgestellt.[17]

Bei der Privatisierung wurden die Vorgaben der Strategiepapiere weitgehend umgesetzt. Im Jahr 2008 entfielen 50 Prozent der türkischen Stromerzeugung auf die staatliche Stromerzeugungsgesellschaft Elektrik Üretim AŞ (EÜAŞ) und ihre Tochtergesellschaften. Bis 2025 sank dieser Anteil auf 17 Prozent. Privatisierungen sind in der Türkei zu einem Faktor geworden, der den Ausstieg aus fossilen Energieträgern beeinflusst. Die Privatisierung von Kohlekraftwerken, deren wirtschaftliche Nutzungsdauer bereits abgelaufen war, hat die Umsetzung von Kohleausstiegsplänen erschwert. Die Käuferunternehmen wollen die Anlagen möglichst lange weiterbetreiben, um den bei den Ausschreibungen gezahlten Kaufpreis und die Aufwendungen zur Verlängerung der Laufzeit wieder einzuspielen und zusätzliche Gewinne zu erzielen. Zahlungen aus dem sogenannten Kapazitätsmechanismus haben den Betrieb einiger Kohlekraftwerke zusätzlich lukrativ gemacht. Damit wird bereits die Bereitstellung von Erzeugungskapazitäten vergütet.

16 IRENA: 24/7 Renewables: The Economics of Firm Solar and Wind.

17 Anadolu Ajansı: Enerji ve Tabii Kaynaklar Bakanlığından yerli kömür videosu.



Solarstrom vom Dach: Photovoltaikmodule auf einem Wohnhaus.

So wurden die Kraftwerke Yeniköy, das rund 40 Jahre alt ist, und Kemerköy, das seit 33 Jahren in Betrieb ist, im Jahr 2014 für 2,7 Milliarden US-Dollar privatisiert.[18] Nach Angaben des Unternehmens flossen nach der Privatisierung mehr als 300 Millionen US-Dollar zusätzlich in die Modernisierung.[19] Wegen ihres Alters, ihrer Lage in einer bedeutenden Tourismus- und Agrarregion und der schrumpfenden Kohlevorkommen würden diese Anlagen bei einem Kohleausstiegsplan womöglich zu den ersten gehören, die stillgelegt würden.

Häufig wird auch der Vorwurf erhoben, die AKP nutze den Energiesektor seit Langem als Instrument, um ihr nahestehenden Unternehmen die Kapitalakkumulation zu ermöglichen. Die Energiearbeitsgruppe des Verbands der Ingenieur:innen- und Architekt:innenkammern der Türkei (TMMOB) stellte in ihrem Bericht „Die Energiebilanz der AKP-Regierung“ fest, dass unter dem Präsidialsystem die Missachtung von Regeln, Rechtsverstöße und maßgeschneiderte Regelungen für einzelne Personen und Kapitalgruppen zugenommen hätten.[20]

Großprojekte und demokratische Beteiligung

Die Wirtschaftspolitik der Regierung setzt jedoch auf den Straßen- und Luftverkehr. Straßen und Brücken bringen der Autoindustrie und der Bauwirtschaft Aufträge und lassen sich deshalb leicht in Wahlstimmen ummünzen. Beides prägt die türkische Verkehrspolitik maßgeblich. Eine Studie zum Autobahnausbau kommt zu dem Ergebnis, dass dieser den Stimmenanteil der AKP begünstigt hat.[21]

Bereits 2021 warf Doğan Aydal als stellvertretender Vorsitzender der Yeniden Refah Partisi (Neue Wohlfahrtspartei) den Verteilnetzbetreibern vor, den Ausbau der Solarenergie zu behindern, und kritisierte ihre geschäftlichen Verflechtungen. Dahinter steht das Argument, dass die Gewinne der Verteilnetzbetreiber sinken würden, wenn Verbraucher:innen ihren Strombedarf selbst mit Solarenergie deckten. Branchenvertreter:innen bestätigen zugleich, dass technische Probleme wie begrenzte Transformatorkapazitäten bestehen. Balkonkraftwerken den Weg zu ebnen, könnte hier zum Lackmustest werden und zeigen, wie die Verteilnetzbetreiber tatsächlich zur Solarenergie stehen.

Die Preise aus den staatlichen Ausschreibungen für ausgewiesene Flächen zur Nutzung erneuerbarer Energien (YEKA) zeigen, dass sich Strom aus erneuerbaren Quellen unter Marktbedingungen zu niedrigen Preisen anbieten lässt. Ein Beispiel dafür ist das Solarabkommen mit Saudi-Arabien, das wegen weitreichender Sonderrechte für ausländische Investoren stark in der Kritik steht. Der Strom aus den geplanten Solarkraftwerken soll 30 Jahre lang abgenommen werden, je Kilowattstunde zu durchschnittlich 2,74 Eurocent in Sivas und 2,45 Eurocent in Karaman.[22] Diese Preise liegen nahe an den Ergebnissen der YEKA-Ausschreibungen. Für den Strom aus dem Atomkraftwerk Akkuyu ist der Betreibergesellschaft dagegen für einen vertraglich festgelegten Teil der Produktion über 15 Jahre ein durchschnittlicher Abnahmepreis von 12,35 US-Cent je Kilowattstunde garantiert.[23] Dieser liegt deutlich über den genannten Solarstrompreisen. Der Ausbau der Atomenergie wirft darüber hinaus Fragen der Sicherheit, der Entsorgung radioaktiver Abfälle, der Kosten und der Abhängigkeit vom Ausland auf.

Ausblick

Zur Bewertung der globalen Klimaziele gehören auch historische Verantwortung und ungleiche Handlungsmöglichkeiten der Staaten. Auf die entwickelten Industrieländer entfällt der größte Teil der historischen CO_2-Emissionen aus fossilen Energieträgern und Industrie. Der Anteil der Türkei an den kumulierten Emissionen aus diesen Quellen von 1750 bis 2024 beträgt rund 0,7 Prozent, der Deutschlands 5,1 Prozent.[24]

18 YK Enerji: Sürdürülebilirlik Raporu 2024.

19 Limak: Ankündigung der Kraftwerksmodernisierung.

20 TMMOB: AKP İktidarının Enerji Karnesi: Enerjide Son 20 Yıl.

21 M. Akbulut-Yüksel, D. Okoye, B. Turan: Expressway to Votes, The Economic Journal 134 (657), 2024, S. 48–94.

22 ANKA / Olcay Aydilek: Bericht vom 4.5.2026.

23 Energieministerium: Nükleer Enerji Hakkında Sıkça Sorulan Sorular.

24 Our World in Data / Global Carbon Budget 2025: Deutschland; Türkei.



Auftaktaktion der Aktivistengruppe „Peoples' Climate Summit" (Halkların İklim Zirvesi) im August 2026 in Antalya unter dem Motto „Wenn die Welt brennt, dann wegen fossiler Energien".

Entwicklungs- und Schwellenländern stehen häufig geringere finanzielle, technische und institutionelle Mittel zur Verfügung. Entwickelte Industriestaaten tragen deshalb besondere Verantwortung, ihre Emissionen rasch zu senken und Klimaschutz sowie Anpassung in Ländern des Globalen Südens durch Finanzierung, Technologietransfer und Kapazitätsaufbau zu unterstützen. Der Ausbau der Erneuerbaren belegt zugleich die eigenen Handlungsmöglichkeiten der Türkei.

Ein verbindlicher Kohleausstiegsplan, anspruchsvollere nationale Klimaziele und der beschleunigte Ausbau von Netzen, Speichern und Erneuerbaren könnten die Fortschritte zusammenführen. Ein sozial gerechter Übergang muss Beschäftigte und Kohleregionen einbeziehen. Weiterbildung, neue Arbeitsplätze und eine verlässliche öffentliche Infrastruktur gehören ebenso dazu wie die demokratische Mitgestaltung des Wandels.

Innenpolitisch bietet die COP 31 der Regierung eine Bühne zur Legitimation. Die offizielle Kommunikation verknüpft die Präsidentschaft ausdrücklich mit der Führungsrolle Recep Tayyip Erdoğans. Entscheidend wird sein, welche dauerhaften Veränderungen aus der internationalen Aufmerksamkeit entstehen.

Die aktive türkische Umweltbewegung bringt eigene Vorschläge ein. Parallel zur COP 31 finden vom 14. bis 18. November in Antalya der „Peoples' Climate Summit" (Halkların İklim Zirvesi) und vom 14. bis 17. November das „Forum für Klimagerechtigkeit" (İklim Adaleti Forumu) statt. Umweltgruppen, Gewerkschaften, lokale Initiativen sowie Frauen- und Jugendorganisationen wollen mit internationalen Partner:innen über den Ausstieg aus fossilen Energien, Energiedemokratie und sozial gerechte Wege aus der Klimakrise diskutieren. Erfahrungen aus Konflikten wie Afşin-Elbistan und Akbelen verbinden den Klimaschutz mit Gesundheit, Arbeit und demokratischer Teilhabe.[25]

25 Peoples' Climate Summit: Join Us for Climate Justice.

Impressum

Herausgeberin
Friedrich-Ebert-Stiftung -Türkei Büro
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. No: 12 D: 4
Beşiktaş - Istanbul
info.tr@fes.de

Verantwortlich
Tina Blohm, Landesvertreterin

Verfasser
Özgür Gürbüz

Redaktion
Tamer İlbuğa
tamer.ilbuga@fes.de
Pınar Ecevitoğlu

Bildnachweise
Seite 3: https://www.birgun.net/haber/turkiye-ormancilar-derneginden-akbelen-mesaji-agaca-sarilmak-yasama-tutunmaktir-457319
Seite 6: https://www.pexels.com/de-de/foto/moderne-solarbetriebene-hauser-mit-roten-ziegeldachern-38041368/
Seite 7: https://hiz2026.org/en/stop-the-fire-end-fossil-fuels/

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© FES Türkei - November 2026

↗ Türkei-Nachrichten Archiv

Friedrich Ebert Stiftung Türkiye